

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Steuerbeschlüsse - Eigentumsfrage - Schiffbau - Agrarpreise - Uruguay-Runde

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1991) : Kurz kommentiert: Steuerbeschlüsse - Eigentumsfrage - Schiffbau - Agrarpreise - Uruguay-Runde, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 3, pp. 109-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136732>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Steuerbeschlüsse

Risiken für die Konjunktur

Die finanziellen Belastungen durch den Golfkrieg boten der Bundesregierung offenbar einen willkommenen Anlaß, von ihrem vor der Wahl geäußerten kategorischen „Nein“ zu Steuererhöhungen abzurücken. Nun werden also doch zum 1. 7. 1991 Verbrauchsteuern spürbar erhöht und zeitlich befristet ein „Solidaritätszuschlag“ zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben; zudem werden bereits zum 1. 4. 1991 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung deutlich heraufgesetzt. Die Bonner Kapriolen zeigen wieder einmal, daß der Wille zu Einsparungen in den öffentlichen Haushalten rasch erlahmt, wenn konkrete Maßnahmen gefordert sind, und daß Steuererhöhungen trotz des Vertrauensverlustes für die Regierung und der Risiken für die Konjunktur offenbar immer noch leichter durchsetzbar erscheinen als die Kürzung von Subventionen.

Als Folge der Steuererhöhungen dürfte das Wachstum des Bruttosozialprodukts in diesem Jahr bis zu einem halben Prozentpunkt niedriger ausfallen als sonst zu erwarten gewesen wäre. Besonders problematisch erscheinen angesichts des aufgrund der reichlichen Geldversorgung ohnehin schon vorhandenen latenten Inflationspotentials die vom Abgabepaket ausgehenden Preissteigerungstendenzen. Allein die Verbrauchsteuererhöhungen werden unmittelbar zu einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um rund einen Prozentpunkt führen. Darüber hinaus werden wohl auch die Kostenbelastungen der Unternehmen durch die höheren Abgaben zur Arbeitslosenversicherung in der gegenwärtigen Konjunkturlage weitgehend überwältigt werden können. Überdies besteht die Gefahr, daß die höheren Preissteigerungsraten die Fronten in den Tarifrunden dieses und des nächsten Jahres verhärten und zur Durchsetzung überhöhter Lohnsteigerungen beitragen. Eine nachhaltige Verstärkung des Lohnauftriebs würde die Konjunktur weiter belasten, zumal wohl auch die Bundesbank dem nicht tatenlos zusehen würde. ew

Eigentumsfrage

Zügige Reaktion

Alle Umfragen und Analysen bestätigen immer wieder, daß eines der Haupthindernisse für Investitionen in den

neuen Bundesländern die komplizierte Regelung der Eigentumsfrage ist. So wird nun von verschiedenen Seiten gefordert, das geltende Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ bei ehemals „volkseigenem“ Besitz umzukehren. Die Alternative hierzu ist eine Vereinfachung der bestehenden Regelungen, bei der investitionswillige Personen und Unternehmen schneller als bisher Eigentum an Grundstücken erwerben können. Nur in diesen Fällen müßte der ursprüngliche Eigentümer entschädigt werden. Diese Regelung sollte auch auf produktive Anlagen ausgeweitet werden.

Auf der anderen Seite scheint nicht gesichert, daß ein Prinzip „Entschädigung vor Rückgabe“ mit der Verfassung vereinbar ist; deshalb könnte diese Regelung wohl nur bei einer Verfassungsänderung schnell Anwendung finden. Die Konstanz der Verfassung jedoch ist gerade hinsichtlich der zentralen Eigentumsfrage auch von ökonomischer Relevanz: Häufige Änderungen wirken hier dämpfend auf das Wirtschaftswachstum.

Angesichts der nicht nur kurzfristig massiven Probleme in Ostdeutschland und der historisch besonderen Situation muß der schnelle Verkauf von Grundstücken und Anlagen bei Investitionsvorhaben ermöglicht werden. Eine Vereinfachung und Ausweitung des geltenden Prinzips dürfte ausreichen. Der entscheidende Engpaß besteht in der Kapazität der Verwaltung, Investoren auszuwählen: Dieser Engpaß würde auch bei einem Prinzip „Entschädigung vor Rückgabe“ nicht beseitigt.

Vor dem Hintergrund des Tatbestandes, daß Unklarheit in dieser wichtigen Frage weiterhin Investitionen verhindert, ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung dem Bundestag zügig einen entsprechenden Gesetzentwurf zuleitete. In ihm sind gewisse Ausnahmeregelungen vom Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ vorgesehen, wenn dadurch Arbeitsplätze oder Wohnungen geschaffen bzw. gesichert werden können. kra

Schiffbau

Hilfen für ostdeutsche Werften?

Angesichts ihrer unwirtschaftlichen Produktions- und Organisationsstruktur, fehlender Neubaufträge und der hohen Altlasten – Verluste, die hauptsächlich aus bestehenden Verträgen mit der UdSSR und aus der Währungsumstellung auf D-Mark resultieren und die für die nächsten Jahre auf 4,5 bis 6 Mrd. DM beziffert werden – steht

die in der DMS zusammengefaßte Schiffbauindustrie in Mecklenburg-Vorpommern, der bedeutendste industrielle Arbeitgeber in dieser Region, vor einem schmerzhaften Anpassungsprozeß. Der Vorstand hat bereits die Halbierung des Personalbestandes bis 1993 angekündigt.

Um dem Unternehmen die Einleitung des Umstrukturierungsprozesses zu ermöglichen und es bei der Überwindung seiner aktuellen Zahlungsschwierigkeiten zu unterstützen, übernimmt die Berliner Treuhandanstalt die Bürgschaft für einen Liquiditätskredit in Höhe von 150 Mill. DM. Die weitere Umstrukturierung wird jedoch nur mit massiven staatlichen Finanzhilfen durchgeführt werden können, da den ostdeutschen Werften das nötige Kapital fehlt. Der Bundeswirtschaftsminister hat bereits eine Aufstockung der Werftenförderungsmittel um 830 Mill. DM im Rahmen des „Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost“ angekündigt.

In Anbetracht der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wäre – trotz ordnungspolitischer Bedenken – eine Sanierung der Werften mit befristeten Finanzhilfen zu befürworten, wenn Aussichten beständen, daß die verbleibenden Betriebe wirklich ohne weitere staatliche Wettbewerbshilfen am Weltmarkt wettbewerbsfähig wären. Ein Blick auf die westdeutschen Werften läßt das jedoch außerordentlich fragwürdig erscheinen. wei

Agrarpreise

Vorwand „Deutsche Einheit“

In der zum Dauerärgernis gewordenen EG-Agrarpolitik ist ökonomisches Kalkül seit jeher wenig gefragt. Selbst bescheidene Ansätze zur Begrenzung des Subventionswahnsinns in der Landwirtschaft werden von den Regierungen beiseite geschoben, wenn sie tatsächlich zu greifen beginnen, aber dadurch die bäuerliche Wahlklientel verärgert werden könnte. Dies zeigt sich erneut im Rahmen der diesjährigen Agrarpreisrunde.

Im Februar 1988 beschloß der Rat Regeln über die Haushaltsdisziplin, die für einen Fünfjahreszeitraum die jährlichen Agrarausgaben der Höhe nach festlegen. Ohne Preis- und Quotensenkungen bei einer Reihe von Produkten, wie sie die Kommission vorschlägt, drohen die Agrarausgaben im Wirtschaftsjahr 1991/92 um gut 16 Mrd. DM anzusteigen. Damit würde nicht nur der bisherige Budgetansatz, sondern zum erstenmal die „Agrarleitlinie“ – um 1,8 Mrd. DM – überschritten. Diese Entwicklung dürfte sich – wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden – fortsetzen.

Frankreich, aber auch der deutsche Landwirtschaftsminister, versuchten nun die bestehende Ausgabenbegrenzung auszuhebeln. Dabei wird auf die Eingliederungskosten für die ostdeutsche Landwirtschaft verwiesen, die sich gegenüber dem ursprünglichen Ansatz von in etwa 2 Mrd. DM etwas erhöht haben. Auch ohne diesen Anstieg würde aber wohl die Leitlinie überschritten. Es wäre zu wünschen, daß das vorgeschobene Argument „Deutsche Einheit“ nicht berücksichtigt wird, daß sich die Kommission mit ihren Vorschlägen durchsetzt und daß die Agrarleitlinie eingehalten wird. Dies könnte zumindest als ein Indiz dafür angesehen werden, daß es die Gemeinschaft mit der Agrarreform ernst meint. kr

Uruguay-Runde

Weiterhin wenig Hoffnung

Es kommt wieder Bewegung in die GATT-Verhandlungen. Einer Erklärung des GATT-Generalsekretärs Dunkel zufolge deuteten alle Delegationen ihre Kompromißbereitschaft an. Den schönen Worten folgten bereits Taten. Termingerech zum 1. März bat US-Präsident Bush den Kongreß um eine Verlängerung der Fast-track-Vollmacht. Wird seinem Antrag bis zum 1. Juni nicht widersprochen, erhält die Regierung automatisch für zwei weitere Jahre das Mandat, Handelsverträge abzuschließen, welche anschließend vom Kongreß nur als „Paket“ angenommen oder abgelehnt werden dürfen. Sollten Senat oder Repräsentantenhaus der US-Regierung das Fast-track-Mandat verweigern, so wäre diese Entscheidung einem Scheitern der Uruguay-Runde gleichzusetzen.

Die von der EG-Kommission vorgelegten Agrarpreisvorschläge für das Wirtschaftsjahr 1991/92 sehen Korrekturmaßnahmen vor, die in wichtigen Bereichen zu Preissenkungen und damit zu Einkommenseinbußen für die europäischen Landwirte führen würden. Als offizielle Begründung für die geplanten Einsparungen wird zwar die prekäre Haushaltslage der EG angegeben, die eine Kehrtwende in der Agrarpolitik erforderlich mache, jedoch ist fraglich, ob die Kommission auch ohne das drohende Scheitern der GATT-Verhandlungen zu dieser Einsicht gelangt wäre.

Große Bedeutung kommt der EG-Agrarpreisrunde zu. Auf einer ersten Sitzung in Brüssel Anfang März verwarfen die EG-Landwirtschaftsminister die von der Kommission vorgelegten Preisvorschläge. Sollten sie weiterhin auf ihrer unnachgiebigen Haltung beharren, wächst die Gefahr, daß die GATT-Gespräche auf die lange Bank geschoben werden und endgültig einschlafen. hg